

Kommuniqué der deutschen Bundesregierung (Bonn, 19. Januar 1974)

Legende: In einem Pressecommuniqué vom 19. Januar 1974 gibt die deutsche Bundesregierung erste Erklärungen über die Ausschierung der französischen Währung aus dem Verbund der Gemeinschaftswährungen.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 22.01.1974, Nr. 7. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Kommuniqué der deutschen Bundesregierung (Bonn, 19. Januar 1974)", p. 63.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/kommunique_der_deutschen_bundesregierung_bonn_19_januar_1974-de-c4a36cad-7969-43ab-a94b-12e406cb1f36.html

Publication date: 20/12/2013

Kommuniqué der deutschen Bundesregierung (Bonn, 19. Januar 1974)

Der Bundesminister der Finanzen ist heute - auch in seiner Eigenschaft als Präsident des EG-Rates - durch den französischen Finanzminister von der Entscheidung des französischen Kabinetts unterrichtet worden, die Intervention zur Einhaltung der Bandbreite zwischen dem Franc und den Gemeinschaftswährungen einzustellen. Der französische Finanzminister hat anschließend dem Bundeskanzler eine Botschaft des französischen Staatspräsidenten überbracht.

Die Bundesregierung bedauert es, daß auch die französische Regierung sich gezwungen gesehen hat, ihre Währung aus dem Verbund der Gemeinschaftswährungen (sogenannte „Schlange“) ausscheren zu lassen. Sie hat jedoch im Hinblick auf die schwerwiegenden Ereignisse auf den Ölmärkten mit ihren zwangsläufigen Auswirkungen auch auf die französische Zahlungsbilanz Verständnis für diesen Schritt. Der französische Finanzminister Giscard d'Estaing hat Bundesminister Schmidt die Gründe dargelegt, die Frankreich veranlaßt haben, von dem Angebot eines auf drei Milliarden Dollar bezifferten monetären Beistandes seitens der Bundesrepublik keinen Gebrauch zu machen.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß der französische Franc sich nicht zu weit von den Währungen entfernen wird, mit denen er vorher verbunden war. Sie begrüßt die Absicht der französischen Regierung, sobald wie möglich in den Verbund zurückzukehren.

Die Bundesregierung ist zur Aufrechterhaltung des Währungsverbundes bereit; sie hat dies heute abend den Regierungen der Beneluxländer und Dänemarks mitgeteilt.